

GROSSER RAT

Sitzung vom 3. Juni 2014, Art. Nr. 2014-0491, romm/eb

PROTOKOLL

(GR.14.25-1) Aargauische Volksinitiative "Für die Offenlegung der Politikfinanzierung"; Feststellung der formellen und materiellen Gültigkeit; Empfehlung auf Ablehnung in der Volksabstimmung

Der Rat fährt fort mit der Behandlung der regierungsrätlichen Vorlage vom 12. Februar 2014. Die Kommission für Allgemeine Verwaltung (AVW) beantragt Beschlussfassung gemäss dem regierungsrätlichen Antrag.

Allgemeine Aussprache

An der allgemeinen Aussprache nehmen für die Fraktionen teil: GLP, Roland Agustoni, Rheinfelden; EVP, Dr. Roland Bialek, Buchs; SVP, Bruno Rudolf, Reinach; SP, Kurt Emmenegger, Baden; Grüne, Gertrud Häseli, Wittnau; FDP, Andrea Moll-Reutercrona, Sins; BDP, Dr. Marcel Bruggisser, Aarau; und CVP, Herbert Strebel, Muri.

Einzelvotant: Titus Meier, Brugg.

Getrud Häseli, Wittnau, stellt den Antrag, die Vorlage an den Regierungsrat zurückzuweisen mit dem Auftrag einen Gegenvorschlag auszuarbeiten.

Für den Regierungsrat nimmt Innendirektor Dr. Urs Hofmann Stellung.

Der Rückweisungsantrag wird in der Abstimmung mit 85 gegen 38 Stimmen abgelehnt.

Detailberatung

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungen

Anträge gemäss Botschaft

Antrag 1 wird mit 118 gegen 2 Stimmen gutgeheissen.

Antrag 2 wird mit 98 gegen 22 Stimmen gutgeheissen. Die Volksinitiative wird somit zur Ablehnung empfohlen.

Beschluss

1.

Die Aargauische Volksinitiative "Für die Offenlegung der Politikfinanzierung" wird in formeller und materieller Hinsicht für gültig erklärt.

2.

Das Volksbegehren wird dem Volk zur Ablehnung empfohlen.

Thierry Burkart
Präsident

Rahel Ommerli
Ratssekretärin

Verteiler
Departement Volkswirtschaft und Inneres
Staatskanzlei (Kantonales Wahlbüro)